

Der Kalte Krieg als Geschichte und Gegenwart?

Hermann Wentker

Geboren 1959 in Bonn,
promovierter und
habilitierter Historiker,
Leiter der Abteilung
Berlin des Instituts
für Zeitgeschichte
und apl. Professor für
Neuere und Neueste
Geschichte an der
Universität Potsdam.

Grundmuster der internationalen Beziehungen vor 1989/90 und heute

Die Konflikte unter den großen Mächten

verschärfen sich. Infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat sich die Konfrontation Russlands mit der westlichen Staatenwelt zugespitzt; das gilt ebenso für das US-amerikanische Verhältnis zu China, das wegen Pekings Expansionspolitik im indopazifischen Raum und seiner zunehmend aggressiven Politik gegenüber Taiwan angespannt ist. In beiden Fällen ist oft von einem „neuen Kalten Krieg“ die Rede, in dem man sich entweder schon befinde oder dem die Welt „in bestürzendem Tempo [...] entgegen rast“.¹ Zwar verdient nicht jede Konfrontation die Charakterisierung „Kalter Krieg“; jedoch stellt sich die Frage, ob Grundmuster, die die internationalen Beziehungen vor 1989/90 bestimmt haben, heute wiederkehren. Oder sind die Unterschiede so gravierend, dass man diese Begrifflichkeit vermeiden sollte?

¹ So im Hinblick auf Russland Hannes Adomeit / Joachim Krause: „Der neue (Kalte?) Krieg. Das russische Ultimatum vom Dezember 2021 und die Folgen für die westliche Allianz“, in: SIRIUS, Band 6, Heft 2/2022, S. 129-149, hier S. 142-147; im Hinblick auf China zitiert aus Matthias Naß: „USA und China. Auf dem Weg in einen neuen Kalten Krieg“, in: Die Zeit, 13.03.2023.

2 So der Titel des Buches von Melvyn P. Leffler: *For the Soul of Mankind. The United States, the Soviet Union, and the Cold War*, New York 2007.

3 Jeremy Suri: „Logiken der atomaren Abschreckung oder Politik mit der Bombe“, in: Bernd Greiner / Christian Th. Müller / Dierk Walter (Hrsg.): *Krisen im Kalten Krieg*, Hamburg 2008, S. 24-47, hier S. 46.

4 Vgl. dazu Hermann Wenter: „Vom Zweiten Kalten Krieg zum Ende des Ost-West-Konflikts. Wandel der Weltpolitik und Revolution der Staatenwelt“, in: *Historische Mitteilungen*, Nr. 27/2015, S. 244-272.

5 Vgl. Tim Geiger: „Die europäische Friedensordnung von 1990, Beginn einer neuen Ära“, in: *Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung. Online-Dossier Krieg in der Ukraine*, <https://zms.bundeswehr.de/de/zmsbw-dossier-ukraine-geiger-tim-1-5408530> [letzter Zugriff: 05.02.2024].

Der Kalte Krieg war geprägt vom ideologischen Gegensatz zwischen Demokratie und kommunistischer Diktatur sowie von Marktwirtschaft und sozialistischer Planwirtschaft. Beide Seiten waren davon überzeugt, sich für eine Ideologie und ein System einzusetzen, die sich am Ende durchsetzen würden; es ging um nichts weniger als einen Kampf um die „Seele der Menschheit“.² Damit verbunden war ein machtpolitischer Konflikt zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion, die zur Durchsetzung ihrer Ziele zwei Bündnisse um sich scharten, die sich in ihrer inneren Struktur und im Verhältnis zu ihrer Vormacht allerdings stark unterschieden: Handelte es sich bei der NATO um einen freiwilligen Zusammenschluss, so war die Warschauer Vertragsorganisation (WVO) ein Zwangsbündnis der seit 1945 im sowjetischen Einflussbereich befindlichen ost(mittel)europäischen Staaten. Beide Militärblöcke waren hochgerüstet, um den jeweils anderen von Angriffen abzuhalten und sich im Kriegsfall verteidigen zu können. Eine besondere Rolle kam den Nuklearwaffen zu. Deren Besitz spielte eine höchst ambivalente Rolle, wie sie der amerikanische Historiker Jeremy Suri prägnant beschreibt: „Atomwaffen schreckten die Staaten von einem entfesselten Krieg ab, aber sie trugen zur Eskalation von Krisen bei; sie setzten dem Kalten Krieg gewisse Grenzen, hielten ihn aber zugleich am Leben.“³

Nachdem der Kalte Krieg Ende der 1970er-Jahre noch einmal eskaliert war, entspannte sich die Lage ab Mitte der 1980er-Jahre wieder, um mit dem Auseinanderbrechen des Warschauer Paktes infolge innerer Revolutionen und dem parallelen Zerfall der Sowjetunion spätestens 1991 zu enden.⁴ An die Stelle des Ost-West-Konflikts trat eine neue, von den USA dominierte, fragmentierte internationale Ordnung. Die Welt war zwar instabiler als zuvor; jedoch gingen mit dem Ende des Kalten Krieges sehr weitreichende vertraglich vereinbarte internationale Abrüstungsvereinbarungen einher. Diese sahen nicht nur die Vernichtung bestehender konventioneller und vor allem nuklearer Waffen vor, sondern auch die wechselseitige Überwachung dieses Prozesses.⁵ Das Ende des Kalten Krieges ermöglichte daher den Ausbruch kriegerischer Konflikte in Europa, etwa in Jugoslawien, befreite die Welt jedoch vorerst weitgehend vom Risiko eines Atomkriegs.

Rückkehr zu Konfrontation und Hochrüstung

Nach Übernahme des russischen Präsidentenamts durch Wladimir Putin im Jahr 2000 wich die grundsätzliche Kooperationsbereitschaft zwischen Russland und dem Westen einer zunehmenden Konfrontation. Wichtigste Ursache dafür war und ist Putins Ziel, die frühere Größe Russlands wiederherzustellen. Dabei orientiert er sich an den Ausmaßen der Sowjetunion, deren Identität mit Russland er wiederholt festgestellt

hat. Russland stellte vor allem ab 2007/08 die internationale Ordnung infrage,⁶ was sich im Auslaufen und in der Kündigung von Abrüstungsverträgen ausdrückte, aber auch in militärischer Aggression in Georgien (2008), auf der Krim und in der Ostukraine (2014).⁷ Befähigt sah sich Putin dazu, weil er die russischen Streitkräfte seit fünfzehn Jahren massiv aufgerüstet und modernisiert hatte – konventionell und nuklear.⁸ Die zurückhaltende Reaktion des Westens auf die Annexion der Krim und den Einfall in die Ostukraine sowie die isolationistische, die NATO schwächende Politik von US-Präsident Donald Trump bestärkten Putin in der Fortsetzung seines aggressiven Kurses. Da er den Westen, insbesondere nach dem Debakel des Abzugs aus Afghanistan 2021, vermutlich für schwach hielt, sah er sich zu seinem Angriff auf die Ukraine ermutigt.

Die NATO muss nun Sicherheit gegenüber Russland herstellen und befindet sich, ohne Kriegspartei zu sein, in Konfrontation zu Moskau. Machtpolitisch erinnert dies an die Konstellation des Kalten Krieges. Es gibt aber drei wesentliche Unterschiede: *Erstens* hat die westliche Staatengemeinschaft auf die russische Aufrüstung nach 2000 nicht mit Gegenrüstungen reagiert – entgegen der Philosophie der Abschreckung.⁹ *Zweitens* verfolgt Russland eindeutig eine revisionistische und damit expansive Agenda, während die Sowjetunion seit der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre tendenziell eine Status-quo-orientierte Macht war. *Drittens* ist die Situation weitaus gefährlicher als damals, da sich Russland in einem heißen Krieg mit der Ukraine befindet – mitten in Europa.

Auch China, das im Westen lange als Status-quo-orientierte Macht galt, hat seit den 1990er-Jahren und besonders seit 2015 seine Streitkräfte modernisiert und aufgerüstet.¹⁰ China will, wenn man die Worte von Parteichef Xi Jinping auf dem Parteitag 2017 richtig interpretiert, bis 2049 zur größten Militärmacht der Welt werden. Schon seit Jahren wachsen die chinesischen Militärausgaben stets mehr als das Bruttoinlandsprodukt.¹¹ Dabei verfolgt China anscheinend vor allem zwei Ziele: Xi will bis 2049 sein Leitbild der „großen Auferstehung der chinesischen Nation“ verwirklichen, wozu auch die „Wiedervereinigung“ mit Taiwan gehört.¹² Zum anderen verfolgt Peking die Absicht, seine Hochseeflotte zur Sicherung der strategischen Seerouten auszubauen – als globale Handelsmacht will es auch global militärisch aktionsfähig sein.¹³

Im Ergebnis wenden sich Chinas indopazifische Nachbarn zunehmend ab und suchen den engen Schulterschluss mit den USA. Washington verstärkt seine militärische Präsenz im indopazifischen Raum und versucht sich an Gegenmachtbildung, etwa mit dem trilateralen Bündnis zwischen den USA, Großbritannien und Australien (AUKUS). Japan, Australien und die Philippinen teilen mit den USA die Sorge vor einer Eskalation des Taiwankonflikts; gleichzeitig sind sie allerdings auf den Handel mit China angewiesen.¹⁴ Diese Konfrontation

6 Vgl. Martin Aust: Die Schatten des Imperiums. Russland seit 1991, München 2019, S. 99.

7 Vgl. Tim Geiger: „Who lost Russia? Der Niedergang der europäischen Sicherheitsordnung 2000-2022“, in: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung, Online-Dossier Krieg in der Ukraine, <https://zms.bundeswehr.de/resource/blob/5408576/e83fe01cff70cb54bbda1609a6045992/geiger-niedergang-der-friedensordnung-data.pdf> [letzter Zugriff: 05.02.2024].

8 Vgl. Adomeit / Krause, a. a. O., S. 144, siehe Rn. 1.

9 Vgl. ebd., S. 141 (mit Bezug auf die Bundeswehr).

10 Vgl. Frank Umbach: „Chinas Aufrüstung – ein Alarmzeichen“, in: Internationale Politik, 55. Jg., Nr. 7/2000, S. 29-36.

11 Vgl. Nele Noesselt: „China als Rüstungsakteur. Von Maos Papier Tigern zu robusten Regenbögen“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 18-19/2019, S. 27-31.

12 Zit. nach Frédéric Krumbein: „Bedrohte Demokratie. Der Konflikt in der Taiwanstraße“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 26-27/2023, S. 32.

13 Vgl. Noesselt, a. a. O., S. 28, siehe Rn. 11.

14 Vgl. Peter Walkenhorst: „Ein neuer Kalter Krieg?“, in: Internationale Politik Spezial, 76. Jg., Nr. 3/2021, S. 10; vgl. auch mit Bezug auf ASEAN Klaus Mühlhahn: „Regionaler Hegemon? Kleine Geschichte der auswärtigen Beziehungen Chinas in Asien“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 26-27/2023, S. 7 f.

15 Die „multipolare Weltordnung“ ist vor dem Hintergrund entsprechender Äußerungen Chinas und Russlands gegen die angebliche „westliche Hegemonie“ am Ende des Kalten Krieges zwar als „antiwestliches Projekt“ bezeichnet worden (Jörg Lau: „Wir leben in einer multipolaren Welt“, in: *Internationale Politik*, Nr. 5, September/Oktober 2023, 78. Jg., S. 15). Hier wird der Begriff jedoch wertneutral zur Bezeichnung des Unterschieds zwischen der heutigen Weltordnung und der des Kalten Krieges verwendet.

16 Eine andere Auffassung vertritt Herfried Münkler, der die Herausbildung einer neuen Pentarchie, bestehend aus den USA, Russland, China, der EU und Indien, in Zukunft für durchaus möglich hält, in: *Welt in Aufruhr. Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert*, Hamburg 2023.

ähnelt der Frühphase des Kalten Krieges insofern, als China aufseiten der Sowjetunion stand und vor militärischen Konflikten mit der westlichen Welt – etwa im Rahmen des Koreakriegs – nicht zurückschreckte. Zu Kampfhandlungen zwischen China und Taiwan ist es bisher nicht gekommen; China verfolgt allerdings mit dem wiederholten Eindringen seiner Kampfflugzeuge in die taiwanesischen Luftraumüberwachungszonen einen zunehmend riskanten Kurs.

Die USA, Russland und China sind die weltweit führenden Atomkräfte, wobei die beiden erstgenannten über neunzig Prozent aller Atomwaffen verfügen; China folgt auf dem dritten Platz, hat allerdings in den vergangenen Jahren sein Potenzial erheblich ausgebaut. Durch die Kündigung beziehungsweise das Auslaufen fast aller nuklearen Abrüstungsverträge ist die Welt unsicherer geworden. Russland hat sogar im Verlauf seines Angriffskriegs gegen die Ukraine mehr oder weniger verklausuliert mit dem Einsatz nuklearer Waffen gedroht. Trotzdem scheint – wie im Kalten Krieg – das Gleichgewicht des Schreckens zu funktionieren: Einen Nuklearkrieg wollen die großen Atomkräfte offenbar nicht riskieren.

Bipolarität und Blockbildung

Die Dominanz der USA ist zwar Geschichte, eine Rückkehr der Bipolarität ist jedoch nicht feststellbar. Stattdessen befinden wir uns in einer multipolaren Welt¹⁵, in der die USA zunehmend von China herausgefordert werden; Russland spielt global bei Weitem nicht die Rolle wie China, hat aber durch sein militärisches Engagement im syrischen Bürgerkrieg und erst recht im Ukraine-Krieg gezeigt, dass es als hochgerüstete Militärmacht die Weltpolitik nachhaltig beeinflussen kann. Inwieweit Indien oder die Europäische Union zu neuen Kraftzentren werden können, ist nicht absehbar, nach derzeitigem Ermessen aber eher unwahrscheinlich.¹⁶

Von den militärischen Bündnissen, die den Kalten Krieg prägten, hat allein die NATO überlebt. Nach Ende des Kalten Krieges wurde wiederholt nach deren Sinn gefragt; außerdem waren Fliehkräfte in Ankara und isolationistische Tendenzen Trumps in Washington zu beobachten, und noch 2019 bezeichnete der französische Präsident Emmanuel Macron die NATO als „hirntot“. Doch das Bündnis blieb im Kern funktionsfähig und passte sich – wenn auch teils mit Verzögerung – den Zeitläuften flexibel an. Das galt sowohl für die von den Balkankriegen und die von der NATO-Osterweiterung geprägten 1990er- als auch für die 2000er-Jahre, in denen die Allianz infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 zu einem „globalen Sicherheitsakteur“ wurde und mit wenig nachhaltiger Wirkung versuchte, weltweit Krisenregionen zu

stabilisieren. Unter den neuen Gegebenheiten hat die NATO zu ihrer ursprünglichen Funktion zurückgefunden, sodass die Landes- und Bündnisverteidigung wieder im Zentrum ihrer Aufgaben steht.¹⁷ Entgegen seinen Absichten hat Putin das Bündnis nicht geschwächt, sondern gestärkt: Angesichts des Angriffs auf die Ukraine ist die NATO nicht nur näher zusammengedrückt, sie hat sich seit April 2023 sogar um Finnland und seit März 2024 um Schweden erweitert. Insgesamt hat sich die NATO angesichts des Ukraine-Kriegs bisher weitgehend als handlungsfähig erwiesen, sowohl hinsichtlich der Hilfen für den angegriffenen östlichen Nachbarn als auch hinsichtlich der eigenen Dispositionen.

Im osteuropäisch-asiatischen Raum gibt es seit Beginn des 21. Jahrhunderts neue sicherheitspolitische Zusammenschlüsse. Dazu zählt zum einen die 2002 gegründete Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS),¹⁸ die neben Russland Kasachstan, Armenien, Belarus, Kirgistan und Tadschikistan umfasst und in deren Zentrum eine gegenseitige Beistandsverpflichtung steht. Zum anderen existiert seit 2001 die von China und Russland gegründete Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), der darüber hinaus Indien, Iran, Kasachstan, Kirgistan, Pakistan, Tadschikistan und Usbekistan angehören. Doch handelt es sich dabei weniger um ein militärisches Bündnis als um ein Regionalforum für wirtschaftlichen, technologischen und kulturellen Austausch, das aufgrund der divergierenden Interessen ihrer Mitglieder kaum handlungsfähig ist. Der NATO steht daher, anders als zur Zeit des Kalten Krieges, kein geschlossenes Bündnis mit militärisch integrierten Strukturen gegenüber.¹⁹

Ein Krieg der Ideologien?

Allerdings hat sich Russland aufgrund des Ukraine-Kriegs stärker an China angelehnt, das die westlichen Sanktionen nicht mitträgt. Von dieser ungleichen Partnerschaft profitieren beide: Der Handelsaustausch ist deutlich gestiegen, China bezieht mehr Öl und Gas aus Russland, und das zu günstigen Preisen. Russland ist in diesem Verhältnis stärker abhängig von China als umgekehrt, dessen Russlandgeschäft nur einen geringen Teil seines Außenhandels ausmacht. Ob sich das informelle chinesisch-russische Bündnis, das vor allem auf einer gemeinsamen anti-westlichen Frontstellung basiert, dauerhaft etablieren kann, ist ungewiss: China wird sich als globale Handelsmacht nicht an ein Russland binden, das ihm lediglich günstige Energie liefern kann.

Während sich der Westen in Gestalt der NATO und der Europäischen Union als Bündnis von Demokratien definiert, handelt es sich bei Putins Russland und Xis China um Diktaturen. Lebt hier also der Kalte Krieg als ideologischer Konflikt zwischen Demokratien und autoritären

17 Vgl. Karl-Heinz Kamp: „NATO: Rückblick auf ein Dreivierteljahrhundert“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 47-48/2023, S. 4-9, das Zitat S. 6.

18 Die OVKS ging aus dem Vertrag über kollektive Sicherheit von 1992 zwischen Russland, Usbekistan, Belarus, Armenien, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan hervor, der „einen Konsultationsmechanismus samt Infrastruktur nach sowjetischem Muster“ darstellte, vgl. Anna Kreikemeyer: „Herrschaft statt Sicherheit. Die Organisation des Vertrags für Kollektive Sicherheit“, in: *Osteuropa*, 62. Jg., Heft 5, 2012, S. 81-91, hier S. 87.

19 Vgl. auch Walkenhorst, a. a. O., S. 10, siehe Rn. 14. Walkenhorst betont, dass China „eine einsame Weltmacht“ ist.

20 Vgl. u. a. Michael Thumann: *Revanche. Wie Putin das bedrohlichste Regime der Welt geschaffen hat*, München 2023, S. 93-99, S. 155-157.

21 Vgl. Klaus Mühlhahn: *Geschichte des modernen China. Von der Qing-Dynastie bis zur Gegenwart*, München 2021, S. 591-596.

22 So Nils Ole Oermann / Hans Wolf: *Wirtschaftskriege. Geschichte und Gegenwart*, Freiburg i. Br. 2019, S. 180 f. (hier auch das Zitat zum besseren Ordnungsmodell).

Regimen wieder auf? China und Russland verbindet zwar ein gemeinsames Feindbild: die westliche Demokratie und die USA. Die Suche nach einer ostentativen Missionsidee, wie sie seinerzeit der Sozialismus zweifellos war, bleibt im heutigen Russland weitgehend ergebnislos. Der Putinismus reduziert sich hier im Wesentlichen auf einen extremen Nationalismus, der die Zeit zurückdrehen will, auch wenn sich Putin als Wahrer traditioneller russisch-orthodoxer Werte zu inszenieren sucht, der sich angeblich dem westlichen Werteverfall – Stichwort LGBTQ – entgegenstellt.²⁰

Das postmaoistische China wird zwar weiterhin von einer kommunistischen Partei regiert; die kommunistische Ideologie chinesischer Prägung scheint jedoch seit den 1990er-Jahren endgültig ausgedient zu haben. Stattdessen trat auch in China der Nationalismus an deren Stelle,²¹ und es ist diesbezüglich eine starke Reideologisierung erkennbar: Die Xi-Jinping-Ideen wurden 2017 in das Parteistatut und 2018 in die Verfassung übernommen. Dabei handelt es sich zwar nicht um ein klares ideologisches Konstrukt; inzwischen ist aber ein besonderes Sendungsbewusstsein der chinesischen Führung erkennbar, das an jahrtausendealte Hegemonialtraditionen des „Reichs der Mitte“ anknüpft. Peking scheint insbesondere seit der Weltfinanzkrise davon überzeugt zu sein, „der Welt ein besseres Ordnungsmodell bieten zu können als der Westen“. Anders als der liberale Westen habe das autoritäre chinesische System seinen Bürgern in kurzer Zeit zu wirtschaftlichem und technischem Fortschritt verholfen, sodass man von der eigenen Überlegenheit überzeugt ist.²²

Die Strahlkraft, die das westlich-liberale Modell nach dem Fall des Kommunismus in den 1990er-Jahren noch auf andere Staaten ausübte, ist mittlerweile zurückgegangen, wenngleich seine Attraktivität angesichts der akuten Bedrohung durch autoritäre Regime teilweise zurückkehrt. Auch wenn sich heute wieder autoritär und demokratisch verfasste Systeme gegenüberstehen, handelt es sich im Kern nicht mehr um einen ideologischen Konflikt; in dieser weitgehend machtpolitischen Auseinandersetzung geht es kaum noch darum, die Herzen der Menschen zu gewinnen.

Wirtschaftliche Verflechtungen und Wirtschaftskriege

Die gegenwärtige weltpolitische Konstellation ist komplizierter als zur Zeit des Kalten Krieges, da die globale wirtschaftliche Verflechtung sehr viel weiter fortgeschritten ist. Das wurde bereits bei den gegen Russland verhängten Sanktionen deutlich, die Moskau mit einem Lieferstopp von Öl und Gas in die westlichen Staaten beantwortete, was den westlichen

Volkswirtschaften, insbesondere der deutschen, erhebliche Probleme bereitet hat. Bei China, das im Zentrum globaler Lieferketten steht und wichtigster Handelspartner für viele Staaten der Welt ist, wären solche Sanktionen nur schwer denkbar. Anders als vor 1989 die sowjetische, ist die chinesische Volkswirtschaft nicht nur mit der US-amerikanischen auf das Engste verflochten. Das macht China weniger anfällig als die Sowjetunion, die insbesondere wegen ihrer wirtschaftlichen Schwäche zusammengebrochen ist.²³

Wirtschaftliche Verflechtungen lassen militärische Konflikte grundsätzlich unattraktiv werden, da sie die zum beiderseitigen Vorteil geschlossenen Wirtschaftsbeziehungen schädigen, ja zerstören können. Diese Überlegung hat zu der vorschnellen Schlussfolgerung geführt, dass in der heutigen globalisierten Welt Kriege aufgrund ihrer wirtschaftlichen Nachteile nicht mehr geführt werden. Jedoch lassen sich politische Führer nicht allein von ökonomischem Denken leiten. Dass Xi Jinping etwa zur „Wiedervereinigung“ mit Taiwan auch einen Krieg mit einkalkuliert, ist wahrscheinlich. Gleichwohl dürfte das Interesse Pekings an der Aufrechterhaltung seiner Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere in Asien, eine konfliktdämpfende Wirkung haben.

23 Vgl. Walkenhorst, a. a. O., S. 10, siehe Rn. 14.

24 So Oermann / Wolf, a. a. O., S. 190 f., siehe Rn. 22.

Aggressives Streben nach internationaler Kontrolle

Wirtschaftliche Verflechtung, von der mehrere Partner profitieren, ist die eine, das aggressive Streben nach wirtschaftlicher Vorherrschaft, ja „nach einer möglichst weitreichenden internationalen Kontrolle über das System zur Produktion, zur Verteilung und zum Verbrauch von Waren und Dienstleistungen“²⁴ die andere Komponente heutiger globaler Wirtschaftsbeziehungen. Insbesondere China kann man ein solches Streben unterstellen: Die *Belt and Road Initiative* – bei uns „Neue Seidenstraße“ genannt – geht in diese Richtung, da hier von Reziprozität in den Wirtschaftsbeziehungen keine Rede sein kann. Bei diesem Vorhaben zeichnen sich zwar erste Probleme ab. Gleichwohl steht China bei seinen ausschließlich auf den eigenen ökonomischen Vorteil ausgerichteten Wirtschaftsbeziehungen zu Staaten des sogenannten Globalen Südens besser da als der Westen, der aufgrund seiner Einforderung politischer Reformen strukturell benachteiligt ist. Außerdem ist er in ökonomischer und technologischer Hinsicht China allenfalls ebenbürtig, auf einigen Gebieten – etwa bei Zukunftstechnologien wie der Entwicklung von Künstlicher Intelligenz – sogar im Rückstand. Darin besteht ein grundsätzlicher Unterschied zum Kalten Krieg, als der Westen dem Osten wirtschaftlich immer und technologisch meistens haushoch überlegen war.

Sind es also die Grundmuster des Kalten Krieges, die die heutige Weltpolitik bestimmen? Als einziges Bündnis hat die NATO den

Kalten Krieg überstanden – und sie ist trotz aller aktuellen Schwierigkeiten vitaler als noch vor wenigen Jahren angenommen. Die USA konnten ihren Status als Supermacht behaupten; Russland als nuklearer Alleinerbe der Sowjetunion ist zwar weiter Atommacht, aber alles andere als eine Supermacht. China ist die weitaus wichtigere Großmacht geworden, die sehr viel eher in der Lage ist, den USA weltweit die Stirn zu bieten. Die Weltpolitik ist also heute nicht mehr bipolar, sondern multipolar organisiert.

Kriege sind heute machtpolitisch motiviert

Das bedeutet, dass etwa Abrüstungsverträge nicht mehr nur bilateral, sondern multilateral ausgehandelt werden müssten. Zwar lassen sich die gegenwärtigen Mächtegruppierungen wie im Kalten Krieg in diktatorische und demokratische einteilen; gleichwohl sind die heutigen Konflikte und Kriege nicht ideologisch, sondern weitgehend machtpolitisch motiviert. Schließlich ist die Welt wie bereits dargelegt in einem sehr viel stärkeren Maße als vor 1990 wirtschaftlich verflochten: Das kann einerseits konflikthemmend wirken, andererseits schließt es bei entsprechender Wirtschaftskraft Wirtschaftskriege zum Erlangen ökonomischer – und damit politischer – Überlegenheit nicht aus. Insgesamt lassen sich zwar einzelne Elemente der Weltordnung identifizieren, die an den Kalten Krieg erinnern; die Unterschiede zur damaligen Konstellation sind allerdings weitaus größer. Größere Komplexität im Verhältnis der Staaten untereinander, die unauflösliche Verquickung wirtschaftlicher und machtpolitischer Ambitionen sowie die Bereitschaft Russlands und Chinas, militärische Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele einzusetzen, machen die Welt zu einem unsichereren Ort als zwischen den 1960er-Jahren und 1990. Geblieben ist allein die Furcht vor der gegenseitigen nuklearen Vernichtung, die verhinderte, dass aus dem Kalten Krieg ein heißer wurde und die hoffentlich auch einer Ausweitung der heutigen Kriege entgegensteht.

Eine erweiterte Fassung dieses Beitrags ist online unter www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/artikel/detail/-/content/der-kalte-krieg-als-geschichte-und-gegenwart abrufbar.